



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 16 31-33  
Fernschreiber 039 880

00/X/3 - 0. 3. 1956

## Q u e r l i e g e

Hinweise  
auf den Inhalt

Infiltration mit "Offizierschere"	Seite	1
Störsender in der SBZ	Seite	4
Verstärkte Ausbauten in VEB's	Seite	6

### DIE OFFIZIERSRÜNDE DES HERREN PAULUS

=====

Bereits in seiner ersten Ausgabe hatte der Presse-Dienst einen umfangreichen Bericht über eine Offiziersrunde veröffentlicht, die von der SED als "Kampfmittel gegen die Pariser Verträge" inspiriert worden war. Bismehr liegen uns die gesamten Protokolle jener Zusammenkunft vor, auf deren Grundlage der folgende abschließende Artikel geschrieben wurde.

1) EZ. Die Schleier über den Hintergrund jener zweitägigen Zusammenkunft ehemaliger Offiziere in Ostberlin Ende Januar, die von der kommunistischen Zonenpresse in recht propagandistischer Weise als "1. gesamtdeutsches Offiziersgespräch" unter Leitung des Feldmarschalls a.D. Paulus hingestellt worden war, beginnen sich jetzt zu lüften. Man hatte sich in Pankow wieder einmal verkalkuliert, als man glaubte, eine strenge Auswahl vor einladenden westdeutschen Gesprächs-

partner könnte jede Panne in Frage Scheitlung verhindern. Nun ist doch sehr schnell dem einen und anderen der westdeutschen Teilnehmer aufgegangen, welchem geschickt inszenierten Schwindel der Kommunisten er aufgesessen ist.

Die keineswegs unkluge Regie Pankows bestand darin, den Eindruck zu erwecken, als ob die Initiative zu diesen Besprechungen von westdeutschen Offizierskreisen ausgehe. Man suchte sich einige fellow Traveller in jenen Kreisen, die dem Nationalsozialismus nicht fernstehen. Ist es nicht aufschlussreich, daß es gerade die ehemalige Waffen-SS war, in deren Kreisen sich Pankow seine Werkzeuge suchte! Es ist jetzt bekanntgeworden, daß es die beiden SS-Offiziere A.D. MEHRING (nicht mit dem Panzergeneral gleichen Namens verwechselt) und BERGER waren, letzterer einst im Generalrang und in Schwäbisch-Gmünd zuhause, die sicher nicht ohne Pankow's Auftrag in die Zone fuhren, um hier das geplante Offizierstreffen durch Besprechungen, u.a. auch mit der großen Schaufigur des Herrn Paulus vorzubereiten und sich Weisungen für die Zusammenfassung des westdeutschen Teils dieser Offizierkonferenz zu holen.

Daß die Auswahl der Teilnehmer der ersten Zusammenkunft auch andere Offiziere der Waffen-SS wie z.B. den General A.D. BIERMAY von den Gestaden des Bodensees mit einschloß, braucht nicht zu verwundern. Sehr bedenklich allerdings muß es stimmen, daß auch andere ehemalige Offiziere auf die Mehring, Berger und Co. hereingefallen sind und die Reise nach Ostberlin antraten. Welcher Gefährdung Kind sie sind, zeigte sich darin, daß sie nicht den Mut fanden, die von der Offiziersrunde gefasste Resolution mit zu unterschreiben, weil sie ja wohl mit Recht hier eine Gefahr witterten, der reich dotierten bundesrepublikanischen Pension verlustig gehen zu können.

Da gab es aber unter den westlichen Kommandanteilmachern auch jenen Typ, der sich trotz des allgemein restaurativen Charakters der Adenauer-Politik noch zurückgesetzt fühlt. Der Landrat RITTER aus der südwestlichen Kreisstadt Müdingen z.B., der während der Hitlerzeit sogar die Sprossen einer diplomatischen Laufbahn in Paris erklimmen hatte, dürfte seine Teilnahme an der Ostberliner Besprechung doch wohl kaum mit den Verpflichtungen in Einklang bringen können, die

ihm durch seine Dienststellung im demokratischen Teil Deutschlands auferlegt sind. Aber freilich, die Rolle eines biederen Handzats kundet nicht so recht, wenn er sich seiner glänzenden Vergangenheit erinnert.

Es war eine seltsame Gesellschaft, die sich in Cottbus um die zentrale Propagandafigur des Feldmarschalls a.D. PAULUS versammelt hatte, und in der sich dieser anscheinend sehr wohl fühlte. Von der hohen Warte eines vom Pankower Innenministerium mit einem Staatssekretärangehalt bezahlten Mannes plant er anscheinend eine Fortsetzung dieser Offiziersgespräche nach Pankower Geschmack. Neue Bemühungen dieser Kreise deuten in Westdeutschland wenigstens darauf hin. Das nächste Mal will man anscheinend einen größeren Kreis von Offizieren am "Beratungstisch" versammeln. Unterdessen fährt Herr Paulus geschäftig in seinem neuen eleganten Kraftwagen westdeutscher Provenienz von Dresden aus hin und her, um durch Besprechungen die zweite Phase seines propagandistischen Angriffs auf westliche Offizierskreise vorzubereiten.

In seinem, man möchte fast sagen, senilen Dünkel hat Paulus anscheinend nicht erkannt, wie die Mehrheit derjenigen Offiziere über ihn denkt, die aus der Zone zu dem Offizierstreifen nach Cottbus zitiert worden sind. Die aus den bundesrepublikanischen Gefilden herbeigeeilten Offiziere a.D. freilich mußten Herrn Paulus in der Fehleinschätzung seiner eigenen Person noch bestärken. Wie gesagt, Paulus hätte besser getan, mit offenen Ohren auf die Meinung jener Kollegen zu hören, die in der Zone leben.

Nach dem offiziellen Abschluß des "1. gesamtdeutschen Offiziersgesprächs" nämlich äußerten sie beim Verlassen der Tagungstätte sehr drastisch ihre Meinung über Paulus und die Aufgabe, für die sich zum Nutzen Lankows der "große Gefangene von Stalingrad" zur Verfügung gestellt hat. Herr Paulus, so erklärte man einhellig in dieser Gruppe, habe aufgrund seiner beschämenden Haltung in Stalingrad nicht das geringste Recht, an die Offiziers Ehre zu appellieren. Man werde alles tun, um wenigstens die in der Zone wohnenden ehemaligen Offiziere vor den durchsichtigen Machenschaften zu warnen, für die sich Paulus hergegeben hat.

Geldreform in Sicht

o.d. Leipzig

Im Finanzministerium sind z.Zt. Vorbereitungen im Gange, die auf einen Umtausch der im Umlauf befindlichen Banknoten hindeuten. Bereits vor geraumer Zeit sind in der staatlichen Notendruckerei in Leipzig neue Banknoten in Auftrag gegeben worden. Ob mit der Geldreform gleichzeitig auch ein Währungsschnitt verbunden sein wird, ist aus den bisherigen Maßnahmen nicht ersichtlich. Schon ein besserer Geldumtausch würde aber der Sowjetzonenregierung eine Senkung des Geldumlaufs ermöglichen, da ein Umtausch der in Westberlin und zum Teil in der Bundesrepublik befindlichen Sowjetzonen-Banknoten ausgeschlossen sein dürfte.

Vom Wellensalat zum Wellenkrieg

R.M. Der Kampf des SED-Regimes gegen das Abhören westlicher Sender ist so alt wie dieses Regime selbst. Zwar gibt es kein Gesetz, das das Abhören westlicher Sender als solches verbietet, aber bei erwischter Wellensündern wird der Tatbestand der Boykotttätze unterstellt, d.h., man setzt voraus, daß die Hörer von Westsendern die empfangenen Nachrichten weiterverbreiten und bestraft sie deshalb. Trotz drakonischer Strafen, die wegen dieses Deliktes bereits verhängen und jedesmal weidlich propagiert wurden, sind sich die Machthaber des SED-Staates völlig darüber klar, daß Verbote, Strafandrohung und Gegenpropaganda allein wirkungslos bleiben müssen. Ihr Bestreben ist es deshalb, den Empfang westlicher Programme t e c h n i s c h unmöglich zu machen.

Einer dieser Versuche ist im vergangenen Herbst kläglich gescheitert. Es war das Unternehmen "Kolibri". Der "Kolibri" war ein Kleinempfänger, der vom Zentrallabor des staatlichen Rundfunkkomitees konstruiert wurde und laut einem Regierungsbeschuß in die Massenfertigung ging. Die fortschrittliche Neuerung dieses Gerätes bestand in seiner Linientreue. Durch Drucktasten konnte man lediglich bestimmte Sender einstellen. Der geringe Preis von 56 Ostmark sollte den Umsatz dieser Geräte garantieren. Heute spricht niemand mehr darüber. Der im Äther herrschende

9. 3. 1955

CD/X/3

- 5 -

Wellenzalat und die Unmöglichkeit, durch Feineinstellung einen klaren Empfang zu erzielen, haben den "Kolibri" zum unverkäuflichen Ladenhüter und zu einem Verlustgeschäft in Millionenhöhe gemacht. Spötter meinen, das sei die einzige günstige Auswirkung des Kopenhagener Wellenplanes, der im übrigen nur Verwirrung im Äther geschaffen habe.

Die SED, durch Schaden klug geworden, hat sich nunmehr völlig auf den Wellenkrieg verlegt, den sie auch schon vor den "Kolibri" führte, wenn auch mit ungleich geringeren Mitteln. Die Waffen des Wellenkrieges sind die Störsender. Diese Störsender, meist schwanken sie zwischen 40 und 100 Watt, überdecken in ihrem Wirkungsbereich bestimmte Wellenlängen mit Morsezeichen, Pfeifftönen oder ähnlichen Geräuschen. In weiten Teilen der Zone ist es bereits gelungen, ein Abhören des NWDR, RIAS oder anderer Westsender unmöglich zu machen. Bis jetzt arbeiten ca. 200 solcher Störsender.

Das jedoch reicht nicht, um einen "Eisernen Vorhang" durch den Äther zu ziehen. In Anbetracht dessen hat die SED durch gemeinsame Arbeit der Zonenpost, des Staatlichen Rundfunkkomitees sowie des Staatssekretariats für Staatssicherheit seit Mitte vorigen Jahres alle Vorbereitungen getroffen, diesen "Eisernen Vorhang" dicht zu machen. Zur Durchführung dieses Programms wurden 4 Milliarden zur Verfügung gestellt. Insgesamt sollen etwa 700 neue regionale Störsender in Betrieb genommen werden. Die Zonenmachthaber glauben eine Schlacht im Wellenkrieg gewonnen zu haben, wenngleich dieser "Sieg" lediglich der Ausdruck ihrer Angst vor dem freien Wort ist.

+ + +

#### Ostrundfunk in Schwierigkeiten

o.ä. Magdeburg

Große Schwierigkeiten hat der sowjetzonale Rundfunk in der Beschaffung von Senderöhren. Diese Mangelercheinungen beeinträchtigen sowohl das normale Sendeprogramm des Staatlichen Rundfunkkomitees, wie sie auch die Installation neuer Störsender hemmen. Da die entsprechenden Röhren nicht in der Zone hergestellt werden, Lieferversprechungen der UdSSR und der Tschechoslowakei nicht eingehalten wurden, ist die Zone dazu

übergangen, sich die entsprechenden Materialien in Holland und Frankreich einzukaufen. Wie verlautet, werden diese Geschäfte nur schleppend realisiert, weil sich Zahlungsschwierigkeiten eingestellt haben.

#### Die TAN-Maschine wird wieder angekurbelt

N. St. Als in den letzten Wochen die Beamteten des Dresdener "Instituts für Arbeitsökonomik" in den Betrieben der Sowjetzone auftauchen, warten die Belegschaften, wie die Stunde geschlagen hat.

Ihr Erscheinen kündigt die neuen Zwangsmaßnahmen an, die die Betriebsleitungen, die BGL (Betriebsgewerkschaftsleitungen), die SED-Leitungen sowie die Belegschaften seit langem erwarten.

"TAN Aktion 21" ist die Bezeichnung, die auf den als "streng vertraulich" gestempelten Vorgängen immer wiederkehrt. Die Millionen, die für den Bau eines eigenen Gebäudes bereitgestellt wurden, unterstreichen die Bedeutung, die man dem Institut vom ZK der SED beimisst. Hinter der Bezeichnung "TAN Aktion 21" aber steckt der neue Angriff der SED auf die Löhne und die Normen.

Dabei begann es harmlos. Im Dezember 1953 - also als Kind des Neuen Kurses - ins Leben gerufen, sollte dieses Institut durch eine "technische Bewertung" erreichen, was sich mit der "befohlenen Normensteigerung" als undurchführbar erwiesen hat: Die Senkung der Produktionskosten durch eine Besserung der Rentabilität in den Betrieben.

Aber das blieb ein bloßes Versprechen. Schon kurz nach der Arbeitsaufnahme war die eigentliche Aufgabe zu erkennen. Durch Kontrollen in den Betrieben sollte den Belegschaften, den BGL und den TAN-Sacharbeitern eine "Normenschaukel" nachgewiesen und damit "freiwillig" Normenerhöhungen erreicht werden. Diese Praxis erwies sich aber als unzureichend für die Überwindung der anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Bald konzentrierte sich die Arbeit des Instituts eindeutig auf die Vorbereitung der Rückkehr zur alten Normenpolitik. Und als auf dem 21. Plenum des ZK der SED nach dem Pleitsbericht ULLMANNs über die wirtschaftliche Situation und der Forderung nach dem unbedingten Ausgleich des Defizits der Volkswirtschaft in Höhe von 2 Milliarden

den DM die Arbeitskommissionen hinter verschlossenen Türen zusammentreten, zeigte sich, daß es auch in den ersten Monaten des Neuen Kurses bei der Planung einer neuen Normensteigerung keinen Stillstand gegeben hatte. Im Vordergrund dieser Arbeiten stand die Einführung eines neuen Wirtschaftszweig - Longruppen - Katalogs.

Die Richtschnur für die Arbeit des Instituts, herausgegeben von seinem Leiter, dem Vertrauensmann des ZK der SPD, Prof (von SED Gnaden) Dr. Harry MATTHES: " Wir müssen die TAN Maschinen zur vollen Touren laufen lassen," wurde nach dem 21. ZK von ULBRICHT wieder zur offenen Richtschnur der kommunistischen Wirtschaftspolitik erklärt.

Aber das ist nicht alles. In den Schubladen des Instituts liegen auch noch andere Überraschungen bereit. Zunächst ist an eine Neuregelung des Prämiensystems gedacht, durch die weitere Einsparungen am Lohnetat erreicht werden sollen. Eine Kürzung der Erchvorniszulagen soll genau so folgen, wie eine weitere Differenzierung der Löhne zu Gunsten der Aktivisten und Brigadiere. Als einschneidendste Maßnahme aber wurde die Einführung der sowjetischen Grundsätze für die Errechnung der Normen vorbereitet. Sie hat das Ziel, jeden Arbeiter über die Errechnung der Normen im Unklaren zu lassen und ihn damit der Willkür der in Zukunft vom Institut nach Weisungen des ZK erarbeiteten und kontrollierten Normen auszuliefern.

Die Platzung des Instituts hat damit wieder das Stadium erreicht, wo ULBRICHT im Sommer 1952 bereits einmal stand. In der Planung ist damit der Umweg des Neuen Kurses zu Ende. Aber ist er es auch in der Wirklichkeit? Es wird sich erst zeigen müssen, ob Ulbricht diesmal durchsetzen kann, was im Jahre 1953 schon einmal den überhitzten Kessel zum Überlaufen brachte.

+ + +

---

Verantwortlich: Stefan Thomas